

Haushaltsrede 2011

Sehr geehrter Herr Landrat,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Grüne Fraktion ist mit den Ergebnissen der Beratungen und damit auch mit dem nun zu verabschiedenden Kreishaushalt zufrieden. Der Rhein-Erft-Kreis ist auch in den Zeiten einer internationalen Finanzkrise auf einem stabilen und nachhaltigen Weg in die Zukunft. Die Bürgerinnen und Bürger des Kreises erhalten einen ausgewogenen Haushalt, der eine vernünftige Balance zwischen den finanziellen Möglichkeiten, den wirtschaftlichen Interessen und sozialen, ökologischen Erfordernissen ausweist. Die Bürgerinnen und Bürger werden auch langfristig hiervon profitieren.

Grundlage der ausgewogenen Gestaltung des Haushaltes ist eine solide Finanzpolitik. Die Schuldenfreiheit des Kreises ist keine Freiheit von Verbindlichkeiten, aber hat sich als Grundlage für das politische Handeln hier im Kreis durchaus bewährt. Auch mit diesem Haushalt wird nicht von dieser Linie abgewichen.

Beschlüsse zur Haushaltskonsolidierung, Beibehaltung der Kreisumlagenhöhe und Senkung der Personalkosten um 2 Prozent sind die finanzpolitischen Säulen des Haushalts.

Richtig ist es auch, Haushaltsverbesserungen zuerst für die Konsolidierung des Kreishaushaltes zu verwenden, entgegen anderslautenden Vorschlägen.

Eine falsche „Selbstlosigkeit“ kann nämlich fatale Folgen haben. Sie kennen es von den Sicherheitshinweisen bei Flugzeugen: Setzen Sie sich zuerst selbst die Atemmaske bei Druckverlust auf und helfen dann Anderen.“ Wenn Sie keine Luft zum Atmen haben, können Sie nämlich niemand anderem helfen.

Diese Forderung der SPD nach Weitergabe aller Haushaltsverbesserungen an die Kommunen negiert zudem die gesetzliche Aufgabenstellung des Kreises. Wenn diese Forderung dann noch von Anträgen zum Haushalt mit großzügigen oder sagen wir doch besser horrenden finanziellen Folgen begleitet wird, dann stimmt was nicht, das widerspricht sich.

Und dabei bleibt es nicht, der nächste Widerspruch folgt sogleich. Es wird beantragt, dass Haushaltsanträge immer mit Deckungsvorschlägen zu versehen sind; dann wird aber bei allen eigenen Haushaltsanträgen kein einziger Deckungsvorschlag gemacht.

Mein lieber Herr Krings wenn Sie und Ihre Fraktion meinen – das hohe Lied der Haushaltskonsolidierung und der armen Kommunen singen zu können und gleichzeitig Millionenausgaben fordern, ist das keine seriöse Politik – das überzeugt nicht.

Wählerinnen und Wähler werden eine solche Politik nicht belohnen.

Mit diesem Kreishaushalt werden richtige und wichtige Marken in der Umweltpolitik gesetzt. Die Senkung des Flächenverbrauchs gehört neben dem Klimaschutz zu den wichtigsten ökologischen Zielen der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung für Deutschland und ist genauso vorrangiges Ziel der Umweltpolitik der neuen Landesregierung in Nordrhein-Westfalen.

Mit der Aufnahme des Produktziels „nachhaltiges interkommunales Flächenmanagement“ implementieren wir dies für den Rhein-Erft-Kreis. Schon erstaunlich ist, dass die sozialdemokratische Fraktion gegen die Aufnahme des Produktziels gestimmt hat, aber es ist auch nicht erstmalig, dass sie gegen die Vereinbarungen des Düsseldorfer rot-GRÜNEN Koalitionsvertrags stimmt. Ich erinnere an die Anträge zum atomaren Zwischenlager in Jülich. Da wollten sie die Sünden sozialdemokratischer Atompolitik schnell mal eben nach Ahaus schaffen. Zu einem Standort der keine Sicherheitsvorteile hat.

Zurück zum Thema: Täglich werden in unserem Land 106 ha Fläche verbraucht, sei es nun für Bebauung, Gewerbegebiete oder Verkehrsflächen. Im aktuellen Nachhaltigkeitsbericht der Bundesregierung heißt es:

„Flächenverbrauch“ ist ein schleichendes Phänomen, das für die meisten Bürgerinnen und Bürger – ebenso wie für viele kommunalen Entscheidungsträger – kaum selbst wahrnehmbar ist. Denn problematisch ist nicht das einzelne neue Projekt, sondern die Summierung von Vorhaben an verschiedenen voneinander entfernten Orten. Schon daher wird das Ausmaß der Problematik sowohl von Planern und Entscheidungsträgern als auch von Bürgerinnen und Bürgern manchmal nicht hinreichend erkannt.“ „...ein stärkeres gesellschaftliches Problembewusstsein ist daher wichtig, um Akzeptanz für wirksame Maßnahmen zu schaffen.“

Weiter heißt es:

„Eine regelmäßige Erfassung und öffentliche Darstellung der örtlichen und regional verfügbaren erschlossenen Baulandreserven, Baulücken und Siedlungsbrachen fördert das Problembewusstsein und erhöht die Akzeptanz für notwendige Maßnahmen.“ „Ein zentraler Ansatzpunkt, ist das Verhältnis von Kosten und Nutzen der Siedlungsentwicklung.“

Das aktuelle Regierungsprogramm in Nordrhein Westfalen knüpft hier an. „Wir unterstützen das Ziel der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie, den Flächenverbrauch bis zum Jahr 2020 bundesweit auf 30 Hektar pro Tag zu senken, d.h. für NRW den Flächenverbrauch mindestens auf fünf Hektar pro Tag zu senken. Dazu erstellen wir für NRW ein entsprechendes Programm zur Reduzierung des Flächenverbrauchs. Wir wollen die "Allianz für die Fläche" fortführen und ein Zertifizierungssystem für

flächensparende Kommunen einrichten.“ Für den Rhein-Erft-Kreis bedeutet dies, den Verbrauch bis 2020 auf 0,1 ha also 10.000 Quadratmeter pro Tag zu senken. Sie sehen da bleiben genug Spielräume für die Stadtentwicklung.

Das nächste Thema schließt sich an: Die Waldvermehrung muss in diesem Jahr eine Neukonzeption erfahren. Die bisherigen Programme sind an ihre Grenzen gestoßen, die gewünschten Ziele sind bislang nicht erreicht worden. Wir erwarten von der Neukonzeption eine Lösung des Problems Flächen zu finden. Ich glaube, dass wir mit einer Aufwertung auch kleinerer Areale das Ziel der Waldvermehrung erreichen können.

Wir erwarten, dass das Solarflächenkataster in diesem Jahr umgesetzt wird. Nicht erst seit dem Unglück in Fukushima sind wir aufgefordert, den Umbau hin zu erneuerbaren Energien voranzubringen. Bekenntnissen hierzu müssen auch die geeigneten Maßnahmen folgen. Und dies gerade eben auch zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland, auch wenn oft das Gegenteil behauptet wird. Kernenergie ist ebenso endlich in den Ressourcen wie die fossilen Energien. Die Aufstockung der Mittel für das Energiekompetenzzentrum mit zusätzlichen 50.000 EUR eröffnen weitere Möglichkeiten. Ich will hier als Stichwort nur die Erstellung einer Windflächenkarte nennen.

Als unnötig haben wir auch die Streichung des Zuschusses in Höhe von 1050 Euro an die Naturschutzverbände auf Drängen der Bürgermeisterkonferenz empfunden. Es wäre wirklich Sparen an der falschen Stelle gewesen. Diese Mittel hat der Kreisausschuss nun auch wieder zur Verfügung gestellt.

Wir haben mit hohem Aufwand die Möglichkeiten der Klimaschutzoptimierung der Kreisverwaltung durch das Wuppertal Institut in den Jahren 2008 und 2009 analysieren lassen. Im Kreishaushalt waren Mittel in Höhe von 350.000 EUR eingestellt. Zu diesen Mittel stellen wir weitere 30.000 EUR zur Ausarbeitung eines „Energiecontracting“ Modells durch ein externes Institut zur Verfügung. Wir denken die energetische Sanierung des Kreishauses muss beschleunigt werden, deshalb die zusätzlichen Mittel.

Etwas langsam, aber zum Glück stetig, kommt die Verkehrspolitik voran. Auf Antrag der GRÜNEN Kreistagsfraktion wurde vor einigen Wochen endlich der Auftrag für das Gutachten zur Zukunft unserer Kreisverkehrsgesellschaft auf den Weg gebracht. Wir brauchen das Gutachten, weil die REVG so, wie sie heute gestaltet ist, nicht zukunftsfähig ist.

Zum einen verlangt die EU mit der Richtlinie 1370 aus 2007 eigentlich die Ausschreibung des Fahrbetriebs. Die direkte Vergabe der Busleistungen durch die Rhein-Erft-Verkehrsgesellschaft an die Regionalverkehr Köln wie

es jetzt Praxis ist, wird nach Auslaufen der Verträge 2018 so nicht mehr möglich sein, was die GRÜNE Fraktion auch für richtig hält.

Der Kreis als Aufgabenträger sollte sich nicht damit begnügen, die Busleistungen einem Dritten anzuvertrauen, der dann schon möglicherweise das richtige tut. Es ist notwendig, vorher zu beschreiben, welche Qualität wir haben wollen, zum Beispiel Barrierefreiheit, umweltfreundliche Antriebe, verlässliche und barrierefreie Informationen, freundlichen Busfahrerinnen und Busfahrer, um nur einige Punkte zu nennen. Diese Qualitäten müssen dann auch überprüft werden. Für all dies ist nach unserer Überzeugung eine Ausschreibung das geeignete Verfahren.

Nun, wir werden sehen, was die Gutachter vorschlagen.

Ebenso erforderlich ist es, den Nahverkehrsplan anzupacken. Die letzten 10 Jahre ist er durch ein amüsanter Zurfspiel zwischen Kommunen und Kreisverkehrsgesellschaft "fortgeschrieben" worden. Wobei offensichtlich nicht alle Kommunen die gleichen Möglichkeiten hatten. Während die Linienführung und Haltestellenerrichtung in allen Erftstädter Ortsteile und ihre Erschließung durch Regionalbusse ohne große Schwierigkeiten möglich ist, beschwerten sich Kerpener Verkehrsausschussmitglieder darüber, dass sie mit dem Kreis über ihre Anliegen nicht in Kontakt kommen konnten. Die Kerpener fragen sich im Grunde auch nachvollziehbar, wieso es ein Privatunternehmen hinbekommt, Buslinien gewinnbringend zu betreiben, während die REVG-Linien in ihrer Stadt richtig Geld kosten.

Dies ist auch ein Grund für unseren Antrag, die Rechnungslegung der Firma RVK für die REVG-Buslinien linienscharf durch einen Wirtschaftsprüfer unter die Lupe nehmen zu lassen.

Die finanziellen Spielräume des Kreishaushaltes ermöglichen eine Absicherung wichtiger sozialer Arbeit im Kreis. Hier möchte ich einflechten, dass gerade in der Sozialpolitik evident wird, dass die stetig wiederkehrende Forderung, der Kreis solle sich auf seine Pflichtaufgaben beschränken, eine populistische Leerformel ist. Viele der Einrichtungen und Vereine, die wir unterstützen, könnten nicht von einer einzelnen Kommune geschultert werden, erfüllen aber gerade auch wichtige Aufgaben für die einzelnen Kommunen im Rhein-Erft-Kreis. Die Stimmen aus den kreisangehörigen Kommunen, die den Kreis als bloßen Kostenfaktor sehen, sollten doch einmal genauer hinschauen, was wir in Wirklichkeit zu ihren eigenen Nutzen leisten.

Hohe politische Priorität hat für uns Grüne die Gewaltschutzprävention. Mit der Annahme unserer Anträge der Gleichstellungsbeauftragten weitere 15.000 EUR hierfür zur Verfügung zu stellen und dem Verein „Frauen helfen Frauen“ 46.000 Euro für die Finanzierung einer Stelle zu geben, stützen wir diese gesellschaftlich wichtige Arbeit.

„Frauen helfen Frauen“ wurde am Sonntag mit dem Kolping Preis der Stadt Kerpen ausgezeichnet, auch dies zeigt dieser Verein ist auf dem richtigen Weg auch im Sinne alter christlicher Traditionen.

In diesem Zusammenhang möchte ich nicht vergessen zu erwähnen: Wir freuen uns sehr, dass das neue Frauenhaus nun in Kürze fertig gestellt werden kann. Diese 1,2 Millionen aus dem Konjunkturpaket sind sehr gut angelegt.

Wir bedauern sehr, dass auch in diesem Haushalt keine Mittel für Sozialpädagogik und entsprechende Stellen an den Berufskollegs des Kreises bereit gestellt wurden.

Die Mittel für Schuldenpräventionsarbeit, die durch einen fraktionsübergreifenden Antrag bereitgestellt wurden, trösten darüber nicht ganz hinweg.

Inklusion gehört zu den wichtigsten sozialen Themen unserer Zeit. Wir wollen ein kreiseigenes Programm für Menschen aus den Förderschulen initiieren, damit sie in normalen Unternehmen und Institutionen Arbeit finden. Für dieses Förderprogramm für „betriebsintegrierte Arbeitsplätze“ werden auf GRÜNEN Antrag hin 30.000 Euro bereitgestellt.

Mit der Migrationskonferenz wollen wir die Vernetzung der Integrationsarbeit in den Kommunen erreichen. Für die Zukunft haben wir keine Wahl: Integration muss gelingen, nicht nur aus Sicht der Zuwanderinnen und Zuwanderern, sondern auch aus Sicht der angestammten Bevölkerung. Eine gelungene Integration ist im Interesse Deutschlands, um als wichtige Wirtschafts- und Handelsnation im internationalen Zusammenhang bestehen zu können.

Es ist aber auch eine nationale Aufgabe, deren Umsetzung in den Kreisen und Kommunen des Landes erfolgen muss.

17,9 Prozent der rund 465000 Menschen im Rhein-Erft-Kreis haben einen Migrationshintergrund. Wir dürfen die Städte und Gemeinden mit dieser Aufgabe nicht allein lassen.

Dafür soll eine Vernetzung der Diskussionen in den Integrationsausschüssen auf interkommunaler und Kreisebene stattfinden. Auch die anderen Akteure der Integrationsarbeit müssen mit einbezogen werden. Hierzu gehören die Vereine, Verbände und Religionsgemeinschaften. Die Vernetzung soll durch die beantragte Veranstaltungen initiiert und gebündelt werden. Das zu verabschiedende Programm soll auch helfen, die Aktivitäten der Verwaltung effektiver und zielgerichteter durchführen zu können.

Lassen sie mich zum Ende kommen.

Bis auf einen Antrag haben alle GRÜNEN Anträge im Kreisausschuss Zustimmung gefunden. Der Haushalt genügt ebenso in seiner grundsätzlichen Konstruktion dem Prinzip der Nachhaltigkeit. Wir werden

dem Haushaltsentwurf auch in diesem Jahr gemäß des einstimmigen Beschlusses unserer Fraktion zustimmen!

Ich danke Ihnen!